

SVP *ja***SVP****UDC****Freiwilliger Abo-Beitrag**
Vielen Dank für Ihre Unterstützung!**Die Zeitung des Mittelstandes**

Jetzt gilt's ernst!

Am 5. Juni stimmen wir über den Schengen-Beitritt der Schweiz ab. Schengen geht über die normalen Bilateralen Verträge hinaus und ist der erste Schritt in die EU. Wenn die Schweiz zu Schengen/Dublin JA sagt bedeutet dies, dass das attraktivste Land Europas die Grenzkontrollen abschafft. Das Resultat wäre ein gravierender Sicherheitsverlust und ein Schaden für den Tourismus! **Seiten 6 - 9**



Illegaler Aufenthalt als Grundrecht?

Seite 4

Generalsekretär Gregor A. Rutz zu den krummen Machenschaften illegal eingereister Ausländer

JA zum Tourismus - NEIN zu Schengen

Seite 8 - 9

Nationalrat Adrian Amstutz erklärt warum eine unabhängige Visumpolitik so wichtig ist

Der Sieg der Neuenburger SVP

Seiten 13

Gilberte Demont zu den grossartigen Erfolgen der SVP anlässlich der Wahlen im Kanton Neuenburg

SVP wird neuem Rüstungsbudget 04 zustimmen

(SVP) Die SVP hat nach der Ablehnung des Rüstungsprogramms 2004 durch das Parlament eine Neuauflage ohne die umstrittenen Transportflugzeuge gefordert. Der Bundesrat hat rasch reagiert und die beiden für Auslandeinsätze der Schweizer Armee gedachten Transportflugzeuge aus dem Rüstungsprogramm 04 genommen. Damit wird die SVP in der kommenden Session dem Rüstungsprogramm zustimmen können.

Die SVP richtet ihre Sicherheitspolitik konsequent nach dem im letzten Herbst vorgestellten Positionspapier aus. Demnach kämpft die SVP für eine starke, schlagkräftige Armee, welche in der Lage ist, unser Land zu verteidigen. Grundlage für die Schweizer Armee sind die allgemeine Wehrpflicht und das Milizprinzip. Die Armee muss ein funktionierendes Sicherheitsinstrument sein, welches die



Öffentlichkeit als überzeugende Antwort auf Bedrohungen von heute erkennt und mit trägt.

Genauere Prüfung

Wer den Volksentscheid des Jahres 2001 zur Armee XXI als Freipass für x-beliebige Auslandeinsätze und eine generelle Ausrichtung der Armee auf Engagements im Ausland versteht, interpretiert diesen sicher falsch. Die SVP wird deshalb auch in Zukunft Käufe von Rüstungsgütern ablehnen, die für Auslandeinsätze der Armee getätigt werden. Unter diesem Gesichtspunkt wird die SVP auch die Rüstungsprogramme der nächsten Jahre jeweils genau prüfen. ◀

Freiwilliger Abonnementsbeitrag

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



Eine informative und aktuelle Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP stets auf dem Laufenden zu halten.

Die Produktion und der Vertrieb dieser Zeitung sind jedoch mit hohen Kosten verbunden. Insbesondere die Taxen der Schweizerischen Post sind seit 1. Januar dieses Jahres noch einmal massiv teurer geworden.

Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Einzahlungsschein bei. Wiederum haben Sie so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Wie üblich garantieren wir Ihnen, dass Ihr Beitrag vollumfänglich für die Parteizeitung SVPja eingesetzt wird.

Selbstverständlich ist es auch jederzeit möglich, die Parteizeitung mit einem Inserat zu unterstützen. Die aktuellen Inseratpreise finden Sie auf unserer Homepage www.svp.ch.



Nationalrätin
Ruth Humbel Näf (CVP / AG)

FETTNA PF DES MONATS

Dies ist ein Nahrungsmittel - lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie ihren Detailhändler!

In den **FETTNA PF DES MONATS** getreten ist **Frau Nationalrätin Ruth Humbel Näf (CVP / AG)** mit ihrer umwerfenden Idee, eine Deklarationspflicht für übermässig kalorienreiche Nahrungsmittel einzuführen.

Als Vorbild diente Humbel dabei das so genannte „Ampelsystem“ aus England, wonach die Nahrungsmittel je nach Kaloriengehalt mit rot, orange oder grün gekennzeichnet werden sollen. Rot für „kalorienreich = verzichten“, Orange für „zurückhaltend essen“ und Grün für „gesunde Nahrung = oft essen“.

Wir sind der Meinung, das geht zu weit! Wenn das so weiter geht, wird man vor dem Kauf einer Tafel Schokolade zuerst eine mehrseitige Packungsbeilage zu lesen haben. Aufgeführt werden dort dann nebst den Angaben zur Zusammensetzung auch noch mögliche Nebenwirkungen, die ungefähre Lebenserwartung bei übermässigem Verzehr, der Name des Kakaopflückers sowie viele weitere unnötige Dinge, die niemand wissen will...



Asylpolitik - Verfolgte schützen, Missbräuche unterbinden

Die bisherige Asylpolitik der Schweiz schützt zu oft die Falschen. Deshalb müssen wir ganz neue Lösungen suchen, um Missbräuche zu vermindern und echt Verfolgte einfacher aufnehmen zu können. Die Revision des Asylgesetzes ist ein erster Schritt dazu.

Es ist unbestritten, dass die Schweiz eine humanitäre Tradition hat und allen Menschen Schutz gewährt, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung verfolgt sind. Diese Tradition wird die Schweiz weiter führen.

Aber das heutige Asylgesetz ist dafür immer weniger geeignet. Wenn nach eingehender Prüfung aller 15'000 Asylgesuche im Jahr – bis vor kurzem waren es sogar noch doppelt so viele – lediglich sieben Prozent als Flüchtlinge anerkannt werden und 93 Prozent wieder heim gehen müssten, dann stimmt etwas nicht. Das Problem, das wir haben, sind nicht die Flüchtlinge. Sie überfordern uns nicht, auch wenn wir zum Beispiel die Integration dieser Leute in den Arbeitsmarkt noch verbessern können. Das Problem sind aber die zahlreichen Personen, die keinen Schutz bedürfen und trotzdem ein Asylgesuch stellen. Das sind sehr viele. Selbst wenn man jene abzählt, die vorläufig aufgenommen werden, sind es rund 80 Prozent aller Asylsuchenden, welche die Schweiz nach einer rechtskräftigen Entscheidung verlassen müssten. Nur tun sie es meistens nicht. Und die Behörden in Bund und Kantonen haben kaum Möglichkeiten, daran etwas zu ändern.

Hier setzt die laufende Revision des Asylgesetzes an. Wer seine Identität verschleiert, soll künftig nicht mehr belohnt werden. Die Attraktivität für nichtrechtmässigen Aufenthalt in der Schweiz soll verhindert und Rechtsmissbrauch geahndet werden. ◀

Bundesrat Christoph Blocher

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.com



Illegaler Aufenthalt als Grundrecht?

Illegal eingereiste Ausländer zerreißen ihre Pässe und werfen sie in die Flughafen-Toilette. Sie verheimlichen ihre Herkunft und Identität. Sie entziehen sich der Ausschaffung mit Gewalt. Sie führen unsere Behörden an der Nase herum. Erfinden unwahre Geschichten oder geben sich für jemand anders aus.

Viele von ihnen sind kriminell: Drogenhandel, Raubüberfälle, Einbrüche, Zwangsprostitution. Gleichzeitig beziehen sie staatliche Leistungen bei den Fürsorge- oder Asylbehörden. Schamlos fordern sie Geld, Unterkunft und zu Essen. Obwohl sie keine Flüchtlinge sind und sich illegal bei uns aufhalten.

Die Auswüchse der organisierten Kriminalität werden immer schlimmer. Schlepper und Menschenhändler, aber auch die Drogenmafia erleben einen regelrechten Aufschwung. Die laxen Vergabepraktiken von Schengen-Touristenvisa in Osteuropa lässt grüssen. Auch in der Schweiz haben die meisten Asylbewerber gar keinen Asylgrund. Nicht Flüchtlinge kommen hierher, sondern Drogenkuriere, Zwangsprostituierte oder einfach solche, die sich ein besseres Leben erhoffen.

Bundesgericht verkennt Problematik

Seit Bundesrat Blocher für die Asylpolitik zuständig ist, sinkt die Zahl der Asylbewerber rasant. Den Vertretern der Asylindustrie (Hilfswerke, Kirchen, Sozialarbeiter) geht langsam die Arbeit aus. Deswegen führen wir diese Grundrechtsdebatte. Denn in der Praxis stellt sich die Grundrechtsfrage gar nicht: In der Schweiz verhungern oder erfrieren keine Asylbewerber. Jedem ablehnenden Asylentscheid (auch bei Nichteintreten) geht ein sorgfältiges

Verfahren voraus. Die Schweiz schickt keine politisch Verfolgten in Bürgerkriegsgebiete zurück.

Umgekehrt ist der akute Missbrauch des Asylrechts ein Problem. Kriminalität darf nicht geduldet werden – auch nicht von Asylbewerbern. Und wenn jemand abschlägigen Bescheid erhält, muss er nach Hause. Ob es ihm passt oder nicht. Und genau hier fehlen griffige Massnahmen.

Das Bundesgericht verkennt diese Problematik. Es hat – unter Berufung auf Grundrechte – entschieden, dass auch abgewiesenen Asylbewerbern in jedem Fall Nothilfe ausbezahlt ist. So wird die Schweiz noch attraktiver für Scheinasylanten: Auch bei einem negativen Entscheid kann man bleiben – man erhält sogar noch finanzielle Nothilfe. Es ist interessant, dass fast alle anerkannten Flüchtlinge über Papiere verfügen. Umgekehrt ist es auffällig, dass viele abgewiesene Asylbewerber ihre Identität und Herkunft verheimlichen und jede Kooperation mit den Behörden verweigern. Dies ist nicht in Ordnung. Und schon gar nicht, wenn dafür Grundrechte missbraucht werden.

Sozialleistungen à gogo?

Heute werden Menschenrechte zunehmend auch als rechtliche Ansprüche gegenüber dem Staat verstanden. Das Gemeinwesen wird verantwortlich für das Wohlergehen

des Einzelnen. „Sozialrechte“ und „Sozialziele“ ersetzen die Freiheitsrechte. Mit den Folgen dieser Entwicklung – rote Zahlen, Defizite, Schuldenberg – kämpfen wir täglich.

Nun soll diese Anspruchshaltung auch für abgewiesene Asylbewerber gerechtfertigt werden. Hierfür instrumentalisieren linke Kreise Grundrechte für ihre politischen Zwecke. Die Menschenwürde sei „unantastbar“, heisst es. Der Souverän soll ausgeschaltet werden unter Berufung auf „übergesetzliche“ Grundsätze. Dies ist gefährlich.

Gefährliche Verwässerung der Volksrechte

Direkte Demokratie braucht keine Schranken. Hier ist der Bürger selbst zuständig für die Gewährleistung der Menschenrechte. Unserem Verfassungsrecht sind naturrechtliche Ansätze fremd; es kennt kein Bekenntnis zu einer präpositiven Geltung der Grundrechte. Das System der direkten Demokratie darf dem Bürger deshalb auch keine Schranken zur Revision des Verfassungsrechts setzen.

Die Verfassungen der anderen europäischen Länder kennen andere Konzeptionen: Grundrechte und andere Grundsätze sind „unantastbar“ und dem Einfluss des Verfassungsgebers entzogen. Die Verewigung der Freiheitsrechte sehen namentlich Ver-

fassungen vor, welche ein freiheitliches politisches Regime neu einführen – so etwa die provisorische Verfassung von Deutschland, das noch heute gültige „Grundgesetz“. Solche Grundsätze und Regeln sind auf die direkte Demokratie nicht adaptierbar. Das haben viele Politiker und Richter nicht begriffen.

Man orientiert sich zunehmend an internationalen Standards – und damit an einem aus Sicht der freiheitlichen direkten Demokratie wesentlich tieferen Niveau demokratischen Denkens. Unter dem Vorwand der Sicherung von Freiheiten wird die Entscheidungs- und Mitgestaltungsfreiheit des Bürgers eingeschränkt und seine Mündigkeit immer öfter in Frage gestellt.

SVP für ein griffiges Asylrecht

Das Bundesgericht zwingt Parlament und Volk, die Verfassung bzw. das Gesetz zu ändern. Illegaler Aufenthalt ist kein Grundrecht. Auch andere Grundrechte dürfen nicht dazu missbraucht werden, Illegale zu schützen. Abgewiesene Asylbewerber müssen die Schweiz verlassen. Die Gewährung der Nothilfe ist sicher kein Anreiz für die Heimreise.

Deswegen steht der Bundesgerichtsentscheid quer in der Landschaft. Die SVP wird sich auch im Nationalrat dafür einsetzen, dass die vom Ständerat bereits beschlossenen griffigen Massnahmen im Asylrecht bald umgesetzt werden können. ◀

Gregor A. Rutz,
Generalsekretär SVP



Swiss-Verkauf bringt neue Abhängigkeiten

Bis vor wenigen Monaten konnten sich viele linke und bürgerliche Politikerinnen und Politiker eine Schweiz ohne nationale Fluglinie nicht vorstellen. Nun sind es die gleichen Kräfte, die einen Verkauf der Swiss an die Lufthansa befürworteten, weil sie glauben, damit die luftverkehrsmässige Anbindung der Schweiz an die Welt zu sichern.

Gleichzeitig wird man damit das unangenehme Problem los, weitere hunderte von Millionen Gelder für eine fortgesetzte Unterstützung der Swiss zu suchen. Und schliesslich muss man nun auch nicht Rechenschaft über die unrealistischen Planzahlen, die dem Parlament vorgelegt wurden, ablegen. Gemäss dem Plan 26/26/82 in der Botschaft vom 7. Nov. 2001 hätte die Swiss beispielsweise 2003 einen Gewinn von CHF 90 Mio. und nicht einen Verlust von CHF 609 Mio., 2004 einen Gewinn von CHF 306 Mio. und nicht einen Verlust von CHF 140 Mio. erzielen müssen.

Keine Garantien

Man tut nun so, als ob die Lufthansa für immer und ewig garantiert hätte, auch unrentable Verbindungen oder solche, die von Deutschland aus profitabler zu betreiben wären, in der Schweiz zu unterhalten. Damit stellt sich die Frage, wie die Schweiz reagieren wird, wenn sich die Lufthansa eines Tages im Zuge der Optimierung ihrer Flotte oder wegen plafonierten Landerechten in der Schweiz entscheiden würde, den Luftverkehr ab der Schweiz zu redimensionieren. Dann wird man feststellen, dass die Schweiz mit dem Swiss-Verkauf in eine neue Abhängigkeit geraten ist. Wie wird sich die Schweiz verhalten, wenn die Lufthansa eine finanzielle Beteiligung unseres Landes an den Defiziten, die der Betrieb mit sich bringt, fordert?

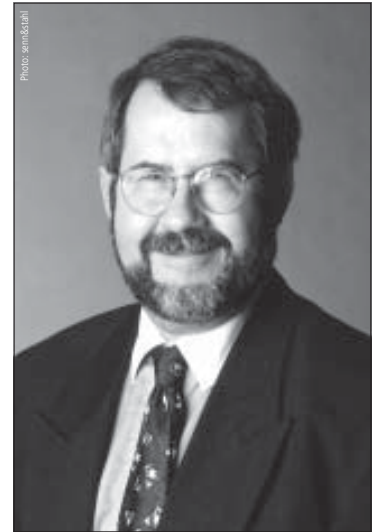
Die Schweiz braucht keine staatliche Beteiligung an einer Fluglinie, sondern endlich eine verlässliche Luftfahrtspolitik. Die Schweiz muss definieren, welche Destinationen für unser Land notwendig sind und wie viel Zubringerverkehr erwünscht bzw. verkraftbar ist. Der Staat hat für die Sicherheit des Flugverkehrs zu sorgen und dieses Know-how auch ohne Swiss sicherzustellen. Staatliche Beteiligungen an privaten Unternehmung sind nicht nur aus finanziellen Gründen problematisch, sondern auch deshalb, weil sie den Wettbewerb verfälschen. Die Swiss steht in Konkurrenz zu anderen Fluglinien, die ohne Staatskrücken auskommen müssen, deshalb ist das Ende des staatlichen Engagements zu begrüssen. Die Abnabelung der Swiss vom staatlichen Futtertrog wird es endlich auch anderen privaten Fluglinien in der Schweiz erlauben, sich zu entwickeln.

Interessenkonflikte gelöst

Der Swiss-Verkauf kommt zwar einer Kapitulation gleich, aber es ist die derzeit wohl einzige realistische Lösung, die zumindest über die nächsten paar Jahre den Flugverkehr ab der Schweiz sicherstellt. Gleichzeitig werden damit endlich die zahlreichen problematischen Interessenkonflikte gelöst. Der Bund war bekanntlich Miteigentümer, er war im Verwaltungs-

rat vertreten, er hatte zudem die Finanzlage der Swiss zu beurteilen, die wiederum ein Kriterium für die Flugbewilligung ist und den Flugverkehr zu überwachen. Die Befreiung der inländischen Fluglinien von der Kerosinsteuer für Inlandflüge ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Politik parteiisch alles unternahm, um auch indirekt die Swiss zu begünstigen.

Auch im Nachhinein muss das Staatsengagement an der Swiss als Fehlentscheid gewertet werden. Alle Rechtfertigungen und Aussagen über die Anzahl der geretteten Arbeitsplätze stehen auf schwachen statistischen Füßen. Selbstverständlich sind viele Schweizer Unternehmen und der Tourismus auf Flugverbindungen angewiesen, aber nicht nur während der Rettungsaktion im Jahre 2001 sondern bis heute wurden keine detaillierten Erhebungen über die Entwicklung der mit der Swiss in der Schweiz ver-



► Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil (ZH)

bundenen Arbeitsplätze durchgeführt. Was die Swiss anbetrifft, so wird die Belegschaft nach der angekündigten erneuten Reduktion auf noch 5'500 sinken, was gegenüber dem Stand Ende 2002 von 12'200 eine Halbierung bedeutet. Inklusive die CHF 1,6 Mrd. Kapitaleinschuss der Privatwirtschaft kostet ein „geretteter“ Arbeitsplatz somit stolze CHF 750'000.

Wer nun glaubt, mit dem Verkauf der Swiss an die Lufthansa sei dieses Kapitel der Schweizer Luftfahrt abgeschlossen, täuscht sich. Finanziell wird das staatliche Luftfahrt-Engagement die Steuerzahler weiter belasten. In den nächsten 10 Jahren wird wohl eine weitere Steuermilliarde für dieses Fehlengagement aufzubringen sein. ◀



Die Auswirkungen der Visa-Affäre in Deutschland

Die deutsche Visa-Affäre zeigt die Schwächen des Schengener Übereinkommens deutlich auf. Wie auch in der Schweiz, ist es in Deutschland erklärtes Ziel der Linken und Grünen, die Ausländerpolitik zu „liberalisieren“.

Die rot-grünen Minister haben entschieden, im Bereich der Visa-Politik eine weichere Linie zu fahren. Dies bedeutet: Die Vergabe von Schengen-Visa sollte grosszügiger gehandhabt und die Prüfung der Antragsteller weniger streng an die Hand genommen werden. Ab 1999 verordnete namentlich der grüne Aussenminister Fischer, aber auch Mitarbeiter im Auswärtigen Amt Erleichterungen im Visa-Verfahren.

Die Folge: Massive Zunahme der Schleusertätigkeit

Diese Politik hatte **dramatische Folgen**. Schon einige Wochen nach dem Volmer-Erlass schnellte die Zahl der ausgestellten Visa alleine bei der deutschen Botschaft in Kiew auf über 20'000 pro Monat an.

Als eines der zentralen Probleme des „Migrationsdrucks auf die deutsch-polnische Grenze“ bezeichnet Polizeidirektor Eckehart Wache die „legendierte Schleusung“. Dabei handelt es sich um die Erschleichung von Touristenvisa mittels falscher Einladungen, Reiselegenden oder Personalpapieren. Diese Schleusungsmethode stieg nach den Erlassen des Auswärtigen Amtes in den Jahren 1999 und 2000 stark an. Wache meint, es handle sich „hierbei um reine Arbeitsmigration, nicht um Zuwanderung“: „Die ukraini-

schen Staatsangehörigen reisen in die EU ein, um hier als billige Arbeitskräfte einem nicht genehmigten Arbeitsverhältnis nachzugehen.“

Warnungen und Proteste aus den Botschaften und Konsulaten

Schon früh beschwerten sich die Botschaften. Die deutsche Botschaft in Rabat meldete im Sommer 2000, „durch den so genannten Volmer-Erlass sei es zu einem Anstieg der erteilten Visa um fünfzig Prozent gekommen“. Auch die deutsche Botschaft in Bukarest „meldete verzweifelt einen gewaltigen Anstieg der Visa-Zahlen“ und die Vertretung in Bangkok „beklagte sich darüber, dass Sex-Händler mit Hilfe der deutschen Visa ihre Geschäfte machten“. Der Bundesgrenzschutz in Brandenburg berichtet 2002 von rund 17'000 Osteuropäern, die mit erschlichenen Visa eingereist sind: „Also 17'000 Straftaten. Das entspräche rein rechnerisch fast 6 Prozent der Straftaten in Brandenburg“.

Der Skandal wird heruntergespielt

Die deutsche Regierung und Verwaltung, aber auch der schweizerische Bundesrat, die Bundesverwaltung und Schweizer Zeitungen spielen den Visa-Skandal gezielt herunter und versuchen die Vor-

kommnisse zu verharmlosen. Walter Lindner, der Sprecher von Aussenminister Fischer, wehrte sich gegen eine „Skandalisierung“ des Sachverhalts: Längst bekannte Fakten würden als Neuigkeiten präsentiert und falsche Zusammenhänge hergestellt.

Die Fakten zeigen: Zunahme Illegalen, Schwarzarbeitern und Kriminellen

Diese Verharmlosungen zielen an der Realität vorbei. Die Fakten und Zahlen zeigen klar: Die laxen Visa-Praxis hat zu einer massiven Zunahme von Schleuseraktivitäten und Schwarzarbeit geführt und der organisierten Kriminalität das Leben leicht gemacht. Von 2000 auf 2001 stellte das deutsche Bundeskriminalamt einen Anstieg der unerlaubten Einreisen ukrainischer Staatsangehöriger um 90,8 Prozent fest – also quasi eine Verdoppelung. Die deutsche Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt, dass „der Anteil ukrainischer Tatverdächtiger in den Jahren 1999 bis 2003 einen signifikanten Anstieg erfahren hat. Besonders auffällig ist, dass Ukrainer wie Angehörige keiner anderen europäischen Nation gegen das Ausländerrecht verstossen.“

In Deutschland weist die rot-grüne Mehrheit die Verantwortung von sich. Auch Aussenminister Fischer windet

sich geschickt. Um vom Thema abzulenken, wirft er der CDU vor, die Ukrainer zu stigmatisieren und so die Problematik für eigene politische Zwecke missbrauchen zu wollen.

Schweizer Schengen-Befürworter argumentieren wie deutsche Linke

Auch die Schweizer Schengen-Befürworter stimmen in diesen Chor mit ein.

In den Parlamenten sowohl Deutschlands als auch der Schweiz werden die Visa-Probleme schöneredet oder totgeschwiegen. So antwortete Bundesrat Christoph Blocher in einer Fragestunde des Nationalrats auf die Frage, es sei (ZITAT) kein anderes Land mit Visa-Problemen bekannt. Diese – vom Bundesrat beschlossene – Aussage ist mittlerweile als falsch erwiesen: Bundesrätin Micheline Calmy-Rey wusste seit (November 2004) von Unregelmässigkeiten bei der Visa-Erteilung, hatte aber den Bundesrat zu diesem Zeitpunkt noch nicht unterrichtet.

Für die Fragestunde vom 11. Februar 2004 hat sich Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) geweigert, vier Fragen der Opposition zu den Vorgängen rund um die Visa-Affäre als dringlich zuzulassen: „Er begründete dies damit, dass ‚kein öffentliches Interesse‘ an den Vorgängen bestehe, zudem fehle die Dringlichkeit“... ◀

Simon Glauser
stv. Pressesprecher SVP

Inserat

An die Mitglieder (Arbeitgeber) der SVP und AUNS:

Möchten auch Sie einen Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit in den eigenen Reihen leisten, indem Sie SVP- und AUNS-Mitgliedern freie Stellen anbieten? Ob Sie jetzt oder erst in Zukunft wieder Personal brauchen, bitte melden Sie Adressen an:

ICSM Stellenvermittlung - Postlagernd - 6002 Luzern 2

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!
Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland



Schengen / Dublin muss abgelehnt werden

Am 5. Juni stimmen wir über das Schengen-Abkommen mit der EU ab. Bei Schengen/Dublin handelt es sich um ein riesiges, überladenes Abstimmungspaket. Souveränitätsverlust, offene Grenzen, Kriminalität, illegale Einwanderung, Visa-Politik, Personenkontrollen, Schleierfahndung, Schengen-Informationssystem, Waffenrecht, Asylpolitik usw. werden tangiert! In diesem Artikel soll Ihnen aufgezeigt werden, warum ein Schengen-Beitritt der Schweiz der EU nichts bringt und der Schweiz nur schadet.

Die SVP wollte stets bilaterale Verhandlungen mit der EU, um nicht in die EU zu müssen. Am 5. Juni stimmen wir jedoch über ein Abkommen ab, das die Schweiz in die EU führt. Schengen heisst Abschaffung der Personenkontrollen und freie Fahrt an den Grenzen. Wenn diese Abstimmungsvorlage angenommen wird, dann ist ein EU-Beitritt der Schweiz kaum mehr aufzuhalten. Als nächster Integrationsschritt würde dann nämlich der Beitritt der Schweiz zur Zollunion (keine Warenkontrollen mehr an den Grenzen), dann der Beitritt zur Währungsunion (Einführung des EURO in der Schweiz) und schliesslich der EU-Vollbeitritt folgen. Deshalb ist Schengen der erste Schritt in die EU. Mit Schengen müssen wir uns über 500 Seiten fremdem EU-Recht unterstellen. Schengen zwingt uns die Abschaffung der Grenzkontrollen sowie eine nachteilige, gleichgeschaltete Visa- und Asylpolitik auf.

Sicherheit / Kriminalität

Schengen bringt der Schweiz auf keinen Fall mehr Sicherheit. Oder kennen Sie ein Land im Schengen-Raum, das mit dem Beitritt zu Schengen sicherer geworden wäre? In allen Schengen-Ländern ist die Kriminalitätsrate höher als in der Schweiz. Das beweist: Es gibt nichts, was die Effizienz und vor allem die ab-

schreckende Wirkung von Grenzkontrollen ersetzen könnte. Auch nicht eine so genannte „Schleierfahndung“ im Hinterland. Mit Schengen sollen alle zuerst mal ins Land gelassen werden, um die Verbrecher oder Illegalen danach wie „Stecknadeln im Heuhaufen“ zu suchen. Ständige Polizeikontrollen zu jeder Tages- und Nachtzeit und an allen Ecken und Enden wären nötig, um diese „Schleierfahndung“ effizient umzusetzen. Kilometer lange Staus auf der Autobahn und ständige Kontrollen unbescholtener Bürger wären die Folgen. Doch für diesen Aufwand sind die personell am Anschlag stehenden Polizeikräfte der Kantone, selbst wenn sie durch Grenzwächter oder Angehörige der Armee verstärkt würden, nicht in der Lage. Entweder müssten diese also massiv aufgestockt werden (Mehrkosten) oder die „Schleierfahndung“ würde sich zum schleierhaften Papiertiger entwickeln.

Schengen-Informationssystem SIS

Wegen dem Zugang zur Polizei-Datenbank „Schengen-Informationssystem SIS“ müssen wir doch nicht unsere Grenzen öffnen, 500 Seiten EU-Recht übernehmen und dem Schengen-Raum beitreten. Vollen Zugang zum SIS bekommen wir auch durch

einen einfachen, punktuellen Polizeivertrag mit der EU. Im Gegenzug geben wir der EU Zugang zu unseren Verbrecherdaten. Das ist ein faires Geben und Nehmen.

Asylpolitik (Dublin)

Alle Asylbewerber, die in einem EU-Land bereits registriert wurden, sollen dank Schengen/Dublin von der Schweiz dorthin zurück geschickt werden können. Tönt gut! Doch mit Schengen/Dublin können keine Einsparungen bei den Flüchtlingen erzielt werden. Bestes Beispiel ist Schengen-Mitglied Deutschland.

Wie das deutsche Bundesamt für Flüchtlinge und Migration in Nürnberg bekannt gab, konnte Deutschland im Jahr 2004 gemäss den Bestimmungen des Dublin-Abkommens tatsächlich 2'765 Asylbewerber an andere Schengen-Länder überstellen. Gleichzeitig musste Deutschland allerdings 2'681 Asylbewerber von anderen Schengen-Ländern zurück nehmen. Bleibt ein „Reingewinn“ von 84 Asylbewerbern.

Für diese sinnlose EU-Flüchtlingsbürokratie mussten jedoch 32 Vollzeitbeamte ganze 13'999 Rücknahmegesuche bearbeiten. Dublin bringt somit mehr Bürokratie und mehr Kosten.



Roman S. Jäggi, Pressesprecher SVP

Angstmacherei der Befürworter

Was passiert bei einem NEIN zu Schengen/Dublin? Gar nichts! Wenn die Schengen-Befürworter behaupten, die ganzen Bilateralen Verträge I würden auf dem Spiel stehen, dann ist das reine Angstmacherei. Die EU hat ein vitales Interesse an den Bilateralen I (z.B. 40-Tonnen-Lastwagen durch die Schweiz). Nach einem NEIN zu Schengen könnte sich die Schweiz daran machen, mit der EU einen punktuellen Polizeivertrag für den Zugang zum SIS auszuhandeln.

Was ein Volks-NEIN zu Schengen aber mit Sicherheit bewirken würde, wäre eine Umkehr von Bundesrat und Parlament bei der EU-Politik. Der EU-Beitritt wäre danach für Jahre vom Tisch und der Bundesrat wie auch das Parlament würden vom Volk dazu gezwungen, bilaterale Verträge mit der EU auszuhandeln, mit dem Ziel, die Schweiz NICHT in die EU zu führen – nicht umgekehrt. ◀

JA zum Tourismus heisst NEIN zu Schengen

Wieso kommen Touristen seit Jahrzehnten in unser Land? Wegen der legendären Schweizer Qualität! Wegen der vielfältigen und gepflegten Landschaft, der Sauberkeit, Pünktlichkeit, Sicherheit und der ausgezeichneten Hotellerie und Gastronomie! Aber plötzlich behaupten einige Exponenten der Tourismusbranche, die Touristen kämen nur noch bei einem Schengen-Ja. Eine krasse und gefährliche Fehleinschätzung!

Ein Ja zu Schengen wird nicht mehr Touristen bringen, im Gegenteil. Mit einem Beitritt würde die Kriminalität in der Schweiz noch mehr steigen, und wer will schon in einem Land verweilen, in dem die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist, weil die Verbrecher einfach über die Grenze spazieren können.

Erstklassiges Produkt Schweiz

Heute bietet die Schweiz ein erstklassiges Produkt an, das bei Touristen aus aller Welt ankommt. Der Schweizer Tourismus-Verband selbst bestätigt dies mit seinen Angaben. In seinen Ausführungen

zu Schengen führt der Verband aus, dass die Schweiz heute DER Alpen-Brand schlechthin ist, und die Schweiz heute im Vergleich zum Konkurrenten Österreich – ein Schengen-Land wohlverstanden – drei mal mehr Gäste aus Übersee zu verzeichnen hat. Wo soll also das Problem liegen? Offensichtlich ist das Schengen-Visum keines.

Die Schweiz ist eben gerade deshalb insbesondere für zahlungskräftige Touristen attraktiv, weil sie nicht zum Schengen-Raum gehört und daher sicherer ist als die Staaten des Schengen-Raums. Dies beweisen unter anderem die UNO-Kriminalitätsstati-

stiken. Darin verzeichnet die Schweiz für das Jahr 2000 3774 Delikte auf 100'000 Einwohner und weist damit eine klar höhere Sicherheit aus als beispielsweise unsere Nachbarn Deutschland mit 7621 Verbrechen auf 100'000 Einwohner und Frankreich mit 6403 Verbrechen auf 100'000 Einwohner. Und besonders zu vermerken in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass dieser Standart mit einer niedrigeren Polizeidichte erreicht wird als bei unseren Nachbarn, nämlich mit lediglich 202 Polizisten auf 100'000 Einwohner.

Vielfältiges Angebot

Die Schweiz ist für jede Art von Ferien attraktiv, sowohl für längere Aufenthalte wie auch für Kurztrips, beispielsweise im Rahmen einer Europareise. Dies zeigen die Zahlen deutlich. Die Zuwachsraten auch aus denjenigen Ländern, deren Staatsangehörige ein Visum für die Schweiz benötigen, z. B. Indien, sind erfreulich. Zudem ist festzuhalten, dass die Schweiz das Schengen-Visum heute schon bei Staatsangehörigen einiger für die Tourismusbranche wichtiger Länder, z.B. Taiwan oder die arabischen Emirate, anerkennt. Mit der unabhängigen Visumpolitik wird so sicherheits- und migrationspolitischen Überlegungen einerseits, wirtschaftlichen Interessen andererseits gezielt, flexibel und lösungsorientiert



► Nationalrat Adrian Amstutz, Sigriswil (BE)

Rechnung getragen.

Unabhängige Visumpolitik sichert flexible Tourismusbranche

Mit dem Verzicht auf den Schengen-Beitritt und damit einer unabhängigen Visumpolitik kann die Schweiz weiterhin selber bestimmen, welche Touristen visumfrei willkommen geheissen werden. Damit können Märkte und somit Nischenvorteile erschlossen werden, für welche sich die EU allenfalls aus po-

Das Schengen Touristenvisum – die Fakten:

Gemäss Artikel 62 Abs. 2 lit. B des EG-Vertrages entscheidet der Rat der EU, welche Vorschriften bezüglich Touristenvisa, also darüber, welche Staatsangehörigen nur mit Visum zugelassen werden. Vertreter des Rates sind zwar im gemischten Ausschuss, in welchem die Schweiz mit den Vertretern der Regierungen Islands und Norwegens diskutieren kann. Dieses Gremium hat aber kein Entscheidungsrecht. Die Schweiz ist den Beschlüssen des Rates also ausgeliefert.

Den Touristen entstehen keinerlei zusätzliche Kosten für eine Reise durch Europa und der Schweiz, denn:

► Gemäss Beschluss des EU-Rates kostet ein Schengen-Touristenvisum für die einmalige Einreise in den Schengenraum ab 1. Juli 2005 genau gleich viel wie ein Schengen-Mehrfachvisum, welches den Touristen erlaubt, aus dem Schengen-Raum in die Schweiz und wieder zurück in den Schengenraum zu reisen.

► Die Schweiz kann Schengenvisa jederzeit anerkennen, um den Touristen das Reisen zu erleichtern. Sie tut dies heute schon bei Staaten, aus denen Touristen kommen, die kein Sicherheitsrisiko darstellen.

Fortsetzung Seite 9





Der Schweizer Tourismus heute – die Fakten:

► Die Schweiz ist heute das internationalste Alpenprodukt!

► Die Schweiz ist heute DER Alpen-Brand in den Fernmärkten!

► Die Schweiz hat heute im Verhältnis zu Österreich drei Mal mehr Gäste aus Übersee!

Quelle: Dokumentation „Schengen zählt“ des Schweizer Tourismus-Verbandes

Fortsetzung von Seite 8

litischen Gründen nicht öffnet. Davon profitieren wir heute. Mit einem Beitritt zu Schengen ginge dieser Vorteil verloren.

Umgekehrt stellt ein Nein kein Problem dar, denn die Schweiz kann das Schengen-Visum auch einseitig anerkennen, wenn die Sicherheitslage dies zulässt. Mit einem Mehrfach-Schengen-Visum, das zum gleichen Preis wie ein Einfachvisum zu haben ist, kann der Tourist dann aus der EU in die Schweiz und danach wieder in die EU reisen, wenn er will.

Schuld ist nicht die Visa-Politik!

Einige Vertreter der Tourismusbranche klagen, die Touristen würden ausbleiben und sie hätten kein Auskommen mehr, wenn Schengen nicht kommt. Da fragt man sich warum. Offensichtlich geht es der Branche ja heute besser ohne Schengen. Warum sollte dies plötzlich ändern? Es

gibt aber andere Punkte, die der Branche Probleme machen können. Die wachsende Regulierungsdichte und die steigenden Abgaben.

Eigentlich sollte es uns ja nicht wundern! Die 68er haben ganze Arbeit geleistet. Die Steuern und Abgaben drücken schwer und führen zu Einbussen in allen Bereichen. Die Schweiz droht nicht mehr das ordentliche, saubere und sichere Land zu bleiben, das es noch ist. Die öffentlichen Verkehrsbetriebe fahren immer noch, und auch pünktlich, aber nicht mehr zu 100%. Das Personal in den Betrieben spricht fast alles, ausser einer Landessprache.

Die Qualität droht mehr und mehr der Quantität zu weichen. Und die Zeiten, in denen man ein Portemonnaie auf einem Bänkli vergessen und am nächsten Tag unverseht wieder finden konnte, sind auch langsam vorbei.

Mehr Qualität und Sicherheit

Es gibt für die Tourismusbranche und die Zukunft unseres Landes nur einen richtigen Weg: Bleiben wir bei Qualität und Eigenständigkeit, weg vom Weg des geringsten Widerstandes in Richtung Abhängigkeit. Sind wir einmal in der EU, wird es keine Schweizer Tourismusbranche geben, sondern nur noch die europäischen Ketten, die eine austauschbare, unpersönliche Hotellerie verkaufen.

Die Schweiz hat mehr zu bieten als das. Schweizer Hotellers sind berühmt und viele Schweizer Betriebe modellhaft, ebenso wie die Hotelfachschule. Diese Qualität in einer unvergleichlichen Umgebung, dies ist der Trumpf, dem höchste Beachtung geschenkt werden muss. Gleich sein wie Europa reicht nicht, wir müssen besser sein!

EU-Beitritt wäre das Ende!

Zu bedenken gilt es auch, dass der Schengen-Beitritt – wie selbst Bundesrätin Calmy-Rey bestätigte – einen weiteren Schritt in Richtung EU-Beitritt darstellt. Und was mit der Tourismus-Branche bei einem EU-Beitritt passieren würde, liegt klar auf der Hand und wissen wir alle. Noch höhere Steuern, ein massiver Qualitätsverlust, ein Absinken des Schweizer Standards auf gesamt europäisches Mittelmaß. Betriebsschliessungen, Massenbetriebe, maximale



Renditen statt optimaler Bewirtschaftung. Das dürfen wir unserem Land und unserem Tourismus nicht zumuten. Deshalb sagen wir heute nein zum nächsten Schritt in Richtung EU, sagen wir Nein zu Schengen und damit ja zum Tourismus. ◀

Die wichtigsten Fragen und Antworten auf einen Blick!

► Warum soll ich Schengen ablehnen?

Mit einer Ablehnung von Schengen kann die Unabhängigkeit und die Sicherheit der Schweiz gewährleistet werden. Die Schweiz ist heute sicherer als die Schengen-Staaten und dies bei einer geringeren Dichte von Polizisten. Dies ist auch für das Tourismusland ein gewichtiger Vorteil im internationalen Wettbewerb, denn als sichere Ferieninsel Schweiz ist unser Land attraktiver als der nivellierte Unsicherheitsraum Schengen.

► Geht es dem Schweizer Tourismus schlechter, wenn Schengen abgelehnt wird?

Dem Schweizer Tourismus wird es bei einer Ablehnung von Schengen nicht schlechter gehen. Im Gegenteil: Während im Schengenraum die Kriminalität weiter anwachsen wird, wird es die Schweiz in der Hand haben, durch strikte Neutralität und gute Grenzkontrollen die sichere Insel in Europa zu bleiben, die wir sind.

► Geht es uns Schweizern auf Reisen schlechter, wenn Schengen abgelehnt wird?

Nein, denn die Schweizer Touristen werden nach wie vor überall auf der Welt willkommen sein, ob die Schweiz Schengen Mitglied ist oder nicht. Es ist auch beim Grenzverkehr in die Nachbarländer nicht mit strengeren Grenzkontrollen als bisher zu rechnen, da mehr Leute aus der EU in die Schweiz reisen als umgekehrt. Strengere Grenzkontrollen träfen also mehr EU-Angehörige als Schweizer und würden in den EU-Ländern zu viele Proteste auslösen.



SVP Polo-Shirts:

Die Geschenk-Idee!

..... Expl.	Rucksack	schwarz, hochw. Gewebe, angenehme Tragriemen	Fr. 25.--
..... Expl.	Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
..... Expl.	Sonnenbrille	rot, mit Schweizer Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
..... Expl.	Pin	ab 10 Stk./Fr. 4.--	Fr. 5.--
..... Expl.	Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl.	Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl.	Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl.	Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl.	Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl.	Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl.	Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Die Wettbewerbs-Gewinner aus der Ausgabe Nr. 3 / 2005

Eine SVP-Sitzungsmappe gewonnen haben:

Max Pfenninger, Spiez / Christa Brunner, Biberstein / Kurt Steiner, Schernelz

Gesucht wurde Nationalrat Adrian Amstutz (BE)



Wettbewerb

Welcher Eidg. Parlamentarier verbirgt sich hinter diesem Bild?



Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 elegante SVP- Foulards

Kleiner Tipp: Der gesuchte Parlamentarier ist in dieser Ausgabe abgebildet.

Lösungsantwort:

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Einsendeschluss: Freitag, 13. Mai 2005

Mögliche Ursachen des Lehrstellenproblems?!

Um ernste Probleme wie das fehlende Lehrstellenangebot und die Jugendarbeitslosigkeit lösen zu können, müssen zuerst alle eventuellen Ursachen erfasst werden.

Eine der möglichen Ursachen, nämlich die verheerenden Auswirkungen des Rauchens von Cannabis und Marihuana, wurde bis anhin kaum thematisiert.

Liest man den Forschungsbericht ESPAD der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme, könnten aber durchaus Zusammenhänge zwischen dem Ansteigen der Anzahl jugendlicher Kiffer und dem zunehmenden Verlust von Lehrstellen, sowie der Jugendarbeitslosigkeit bestehen:

Die Schweiz zählt gegenwärtig in Europa zu den Ländern mit dem höchsten Cannabisgebrauchs-Niveau.

▶ Kognitive Defizite, geringer Bildungserfolg und vor allem eine verschlechterte psychosoziale Anpassung sind die Folgen eines frühen Einstiegs in den Cannabisgebrauch.

▶ Bis auf wenige Ausnahmen, steigen die Problemwerte parallel zur Häufigkeit des Cannabiskonsums an.

▶ Staatliche Massnahmen und elterliche Kontrollen hängen eng zusammen. Eltern lassen sich in ihren Erziehungsgrundsätzen bezüglich Substanzkonsum und Regelverletzungen durch staatliche Regelungen beeinflussen.

▶ Jugendliche geben in Befragungen an, in der Schweiz

sei es „sehr einfach“, sich das (illegale) Cannabis zu besorgen.

Grundsätzlich sind die Anstrengungen gegen das Zigarettenrauchen zu begrüssen, doch Behördenmitglieder und Politiker sollten nach solchen Studien endlich den Mut haben, gegen die finanzstarke Drogenhanflobby anzutreten. Diese hat letztes Jahr fast zwei Milliarden Franken Umsatz auf Kosten unserer Jugend erwirtschaftet, also vor allem vom Sackgeld der Schüler und von Lehrlingslöhnen. Dass viele Jugendliche, wie in den Forschungsergebnissen erwähnt, wegen der negativen Auswirkungen des Kiffens in der Ausbildung versagen und die Lehrstellen verlieren,



▶ Sabina Geissbühler-Strupler, Bildungskommission SVP, Präsidentin der Schweiz. Vereinigung „Eltern gegen Drogen“, Herrenschwanden (BE)

muss als ernst zu nehmende Tatsache berücksichtigt und von Eltern, Lehrpersonen, Lehrmeister, aber auch von Politikerinnen und Politikern Lösungsansätze gesucht werden.

Dieser Text ist eine Ergänzung zum Artikel von Jeanette Schlegel-Büchel (SVPja Nr. 03/05)

Impressum SVPja

Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:

Simon Glauser, Chefredaktor / stv. Pressesprecher SVP

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53,

Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse "Druck"

Gedenkfier zum Kriegsende 8. Mai 1945

**Bundesrat Christoph Blocher
spricht zum Thema
„Die Schweiz im europäischen Umfeld“**

**Sonntag 8. Mai 2005, 14.30 Uhr
an der Schweizer Grenze auf dem Gnal in Rafz ZH**

**Festwirtschaft geöffnet ab 12 Uhr
Musikalische Umrahmung: Musikgesellschaft Rafz**

**Die Veranstaltung findet im Freien statt (bei jeder Witterung).
Gutes Schuhwerk vorteilhaft.**

**Spaziergang vom Bahnhof Rafz auf den Gnal: ca. 30 Minuten.
Es verkehrt ein Pendel-Bus vom Bahnhof
bzw. Parkplatz zum Festgelände.**

Die Junge SVP hat einen neuen Präsidenten!

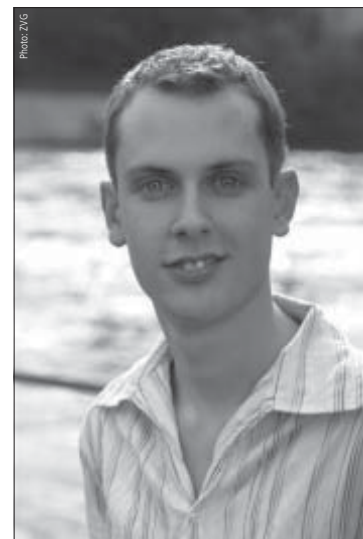
Am 09. April 2005 hat die Junge SVP CH in Basel und Liestal ihre jährliche Generalversammlung abgehalten. An dieser GV wurde Joël A. Thüring zum neuen Präsident der schweizerischen JSVP gewählt.

Der Vorstand der JSVP CH wurde von den Mitgliedern an der GV neu bestellt. Neben Joël A. Thüring welcher als neuer Präsident gewählt wurde, wurden zudem Désirée Stutz als Vizepräsidentin,

Fabian R. Baur als Generalsekretär, Erich J. Hess als Kassier und Constantin Benz als Stellvertretender Generalsekretär gewählt.

Das Ziel der Jungen SVP

Schweiz ist es, ihrer Rolle als grösste Jungpartei der Schweiz auch weiterhin vollends zu erfüllen und den verschiedenen an sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Dabei wurde primär der Weg der



► Der neue Präsident der Jungen SVP Schweiz, Joël A. Thüring aus Basel

LEBENS LAUF von Joël A. Thüring

Geburtsdatum	05. Dezember 1983
Zivilstand	ledig
Bürgerort	Basel, BS
Ausbildung	Speditionskaufmann mit eidg. FA
Berufliche Tätigkeit	administrativer Mitarbeiter im Sanitätsdepartement Basel-Stadt
Homepage	www.joelthuering.ch

Politische Tätigkeiten

- Grossrat der SVP Basel-Stadt (seit 2005)
- Parteisekretär der SVP Basel-Stadt (seit 2002)
- Präsident der Jungen SVP Schweiz (seit 2005)
- Präsident der Jungen SVP Basel-Stadt (seit 2004)
- Vizefraktionspräsident der SVP Grossratsfraktion (seit 2005)
- Mitglied des Leitenden Ausschusses und des Zentralvorstandes der SVP Schweiz (seit 2005)
- Delegierter der SVP Schweiz (seit 2001)
- Mitglied der Schulinspektion der Weiterbildungsschule (seit 2005)
- Kandidat der Basler SVP für die Bürgergemeinderatswahlen 2005
- Parteimitglied der SVP Basel-Stadt (seit August 2000)

Kommissionen innerhalb des Grossen Rates

Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission
Präsident der Subkommission Antikenmuseum und Sammlung Ludwig
Mitglied der Begnadigungskommission

Mitgliedschaften

SVP Basel-Stadt und Junge SVP Basel-Stadt, AUNS, Handelskammer beider Basel HKBB, FC Basel 1893, Pro Libertate, Schweizerische Gemeinschaft für Parlamentsfragen

Politische Schwerpunktthemen

Asyl- und Ausländerpolitik / Bildungspolitik / Sicherheitspolitik / Drogenpolitik

Weitere Informationen unter www.joelthuering.ch

eingeschlagenen Reformen bestätigt und die eingesetzte Reformkommission gestützt, welche zur Aufgabe hat, die Partei-, Organisations- und Finanzstrukturen der Partei zu überdenken und allenfalls zu reformieren.

Der Vorstand ist überzeugt, dass mit den heute getroffenen Entscheiden die Zukunft der JSVP CH gesichert ist und die notwendigen Reformen umgesetzt werden können. Die JSVP CH wird auch weiterhin ihre Position als stärkste Jungpartei der Schweiz wahren und ihre Position ausbauen. Mit geeinter Kraft und Engagement wird dieses Ziel erreicht werden. Gerade in diesem Jahr sind wichtige Abstimmungen zu gewinnen, besonders in den Abstimmungskämpfen Schengen/Dublin sowie der Personenfreizügigkeit will sich die Junge SVP Schweiz engagieren. ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratetarif auf www.svp.ch



Fulminanter Einzug in den Grossen Rat

Anfang April erlebten wir eine Premiere in der Suisse romande: Gleich beim ersten Antreten bei kantonalen Wahlen zog die Neuenburger SVP auf einen Schlag mit 17 Gewählten in den Neuenburger grossen Rat ein (auf ein Total von 115 Mitgliedern des Rates). Dabei ist die Neuenburger Kantonalpartei die jüngste der SVP, gegründet am 18. Oktober 2001.

Im Oktober 2003, anlässlich der Nationalratswahlen erlangte sie auf Anhieb einen Nationalratssitz, im Juni 2004 wurden in den Kommunalwahlen 26 Vertreter der SVP in verschiedenen Gemeinden des Kantons gewählt und sogar ein Sitz in der Exekutive von La Chaux-de-Fonds erobert, in der Stadt also, die seit Jahrzehnten als sozialistisch bekannt ist. Die junge Sektion hat es also geschafft, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu erlangen, die genug hat von der mittelmässigen Arbeit einer Regierung, die es immer weniger versteht, die Interessen des Kantons und seiner Bewohner zu wahren.

Dabei ist zu unterstreichen, dass die SVP Neuenburg während mehrerer Monate enormen Druck seitens der Linken, aber auch seitens der anderen bürgerlichen Parteien und der Medien ausgesetzt war. Ihr Mut, ihr Durchhaltevermögen und ihr Teamgeist blieben dennoch ungebrochen und exemplarisch. Der fehlende Wille zur Zusammenarbeit seitens der anderen bürgerlichen Parteien ist bedauerlich. Deren Art zu verhandeln bzw. ihre Forderungen zu platzieren zeigt einen bedauerlichen Mangel an Fingerspitzengefühl und kommt sie bereits jetzt teuer zu stehen. So haben die FDP und die Liberalen je 10 Sitze im grossen Rat verloren. Dennoch kam ein zweiter Wahlgang mit einem bürgerlichen Vorschlag unter Einbezug der SVP bzw. ihres Spitzenkan-

didaten Yvan Perrin offenbar nicht in Frage. Am 20. April 2005 waren anlässlich der Departementsverteilung die Folgen dieses einseitigen Gärtchendenkens zu spüren. Die Liberale Frau Sylvie Perrinjaquet, welche auf Grund der Ancienität bei der Wahl des Departements Priorität hätte geniessen müssen, fand sich plötzlich in der Situation wieder, das Bildungs-, Kultur- und Sportdepartement übernehmen zu müssen statt des bevorzugten Finanzdepartements, oder allenfalls des Planungs- oder des Wirtschaftsdepartements. Gleichzeitig wurde der FDP-Vertreter Roland Debély, welcher gerne das Wirtschaftsdepartement oder allenfalls auch die Finanzen oder die Bildung übernommen hätte, ins Gesundheits- und Sozialdepartement gezwungen. Ob die Damen und Herren dieser Parteien wirklich gedacht hatten, die Linke würde vor ihnen den roten Teppich ausrollen, weil sie mitgeholfen hatten, die SVP zu verhindern? Ein mitleidiges Lächeln sei an dieser Stelle erlaubt.

Die SVP wird tagtäglich für ihre Oppositionspolitik kritisiert, dabei ist festzuhalten, dass es sich in Tat und Wahrheit nicht um Opposition, sondern lediglich um eine ehrliche Politik handelt, die sich darum bemüht, Fehler des Systems aufzudecken. Vielmehr ist zu fragen, ob die Linke mit einem Konsens wirklich zu vereinbaren ist? So entschlossen sich die beiden bürgerlichen Staatsräte, die

Pressekonferenz zu boykottieren, an welcher sich die drei linken Minister (SP und Grüne) so befriedigt ob der Departementsverteilung zeigten und gegenüber den Journalisten festhielten, dass es halt für die Verlierer nicht einfach sei, die Rochaden zu akzeptieren. Fortsetzung folgt.....

Die SVP Neuenburg hat eine weise Entscheidung getroffen, als sie beschloss, zum zweiten Wahlgang nicht anzutreten,



Gilberte Demont, Koordinatorin UDC CH-Romande

um dem Kanton und damit den Steuerzahlenden unnötige Ausgaben zu ersparen. Sie wird ihre Wahlversprechen mit ihrer Arbeit im Parlament halten und eine klare bürgerliche Linie im Dienste der Bevölkerung halten.

Dazu wünschen wir Yvan Perrin und seinem Team alles Gute!

SVP Freiburg sichert den Nachwuchs

Am 14. April 2005 wurde die JSVP der SVP Freiburg gegründet. Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten Benoît Pesse, den zwei Vizepräsidentinnen Véronique Jolliet et Delphine Pesse, dem Sekretär Albert Leimgruber, dem Kassier Pascal Wicht sowie Jean-Baptiste Bless, Loïc Monneron, Grégoire Piller, Fabien Kolly und Gabriel Kolly.

Diese jungen Leute versprühen Kraft, Dynamik und Motivation und haben ein besonderes Interesse an der Politik. Sie sind sich der Bedeutung der Politik für ihr tägliches Leben bewusst und haben sich für die SVP entschieden. Aber für welche Qualitäten steht die SVP/UDC in ihren Augen: UDC steht für „Union“, „Democratie“ und „Centre“, also für die Einheit und Freundschaft in gemeinsamen politischen Visionen, für den Respekt vor den demokratischen Entscheiden des Volkes, für den alleine die SVP/UDC heute noch einsteht, und schliesslich das Zentrum der Debatte. Einzig die SVP/UDC scheut sich nicht, eine Debatte zu provozieren, wenn es darum geht, Fehler und Lücken im System aufzudecken.

Diese Jungen nehmen das Unbehagen der Bevölkerung gegenüber der fortschreitenden Verstaatlichung und deren Folgen ernst. Sie wollen der negativen Entwicklung eines einst gesunden Staats hin zum Mittelmass nicht hinnehmen. Der linken Politik, die den Verwaltungsapparat aufbläht und den Missbrauch der Sozialwerke fördert, soll Paroli geboten werden.

Eine weitere Sektion junger Kräfte also, welche dafür sorgen wird, dass die Identität, die Souveränität und die Unabhängigkeit unseres Landes auch in Zukunft erhalten bleiben wird.

Gilberte Demont, Koordinatorin UDC CH-Romande

Dünger für eine verbesserte Wirtschaftsentwicklung gesäet

In der April-Session 2005 hat der Grosse Rat des Kantons Bern den Bericht zur Bildungsstrategie verabschiedet. Zusammen mit der im November 2004 genehmigten Wachstumsstrategie sind die Rahmenbedingungen und Grundlagen geschaffen, dass der Kanton Bern zukünftig wirtschaftlich potenter wird. Bern kommt seinem Ziel näher, sich von den finanzschwachen Kantonen der Schweiz zu verabschieden.

2004 stimmte der Grosse Rat einem Wachstumsbericht des Regierungsrats zu, welcher eine ganze Reihe von Einzelmassnahmen beinhaltet, wie der Kanton Bern zukünftig wirtschaftlich erstarken kann. Diese Massnahmen werden derzeit vom Regierungsrat schrittweise umgesetzt. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft werden weiter verbessert. Wirtschaftliche Erfolge lassen sich zwar nicht verordnen, aber wir können „das Feld bestellen“, damit Wirtschaftswachstum möglich wird. Ein wichtiger Pfeiler für wirtschaftliche Erfolge ist unter anderem ein gut ausgebautes, auf die Zukunft ausgerichtetes Bildungssystem. Deshalb verlangte der Wachstumsbericht auch eine Bildungsstrategie, welche nachfolgend vorgestellt wird. So gesehen ist ein gutes Bildungssystem der Dünger für die wirtschaftlichen Erfolge des Kantons Bern in der Zukunft.

Von den Visionen bis zu den Projekten...

Die Bildungsstrategie ist in konzentrischen Kreisen aufgebaut. Ausgehend von den „Visionen“ wurden „strategische Ziele“ und „Bereichsziele“ festgelegt, welche dann in den „Massnahmen“ und „Projekten“ weiter verfeinert werden. Der Bericht ist ein pragmatischer Ansatz, sich den neuen gesellschaftlichen und technischen Herausfor-

derungen zu stellen. Es werden der Handlungsbedarf und die Perspektiven für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre aufgezeigt. Der Bericht nimmt Rücksicht auf die politischen, pädagogischen und zeitlichen Realisierungsmöglichkeiten. Er ist abgestützt auf die nationalen und internationalen Entwicklungen und somit koordiniert mit den andern Kantonen. Die erste Fassung wurde durch die Erziehungsdirektion in knapp 40 Hearings zur Diskussion gestellt. Die Hearingpartner – der Verband Bernischer Gemeinden, die Wirtschaft, die Bildungsinstitutionen, der Berufsbildungsrat, die Elternräte, die Erziehungsberatung, die Geschäftsprüfungs- und die Finanzkommission leisteten wertvolle Hinweise zur endgültigen Fassung der Bildungsstrategie.

Die Bildungsstrategie wird in einem Rhythmus von vier Jahren überprüft und den aktuellen Verhältnissen angepasst. Der Schnittstellenproblematik von der Volksschule zur Mittelschule und Berufsbildung sowie weiterführend zur Hochschule wird ein besonderes Augenmerk gewidmet. Es ist die Aufgabe der Erziehungsdirektion, die geplanten Projekte so zu terminieren, dass die Weiterentwicklung des Berner Bildungslandschaft auch finanziell verkraftbar ist. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die im Finanzplan zur Verfügung stehenden finanziellen

Ressourcen für die Umsetzung der Bildungsstrategie genügen. Wenn dies gelingt, wird der Bildungsfranken im Kanton Bern wirklich effizienter eingesetzt.

„Geführte“ Volksschule

Die Schulleitungen an den einzelnen Schulorten sollen gestärkt werden. Es sollen „geführte“ Schulen entstehen, ähnlich wie dies bei den Berufs- und Fachschulen seit Jahren mit Erfolg umgesetzt wird. Die Schulleiter der Volksschule werden mehr Aufgaben, aber auch mehr Kompetenzen erhalten. Die Nahtstellen zwischen den Schulleitungen, den Schulbehörden (Gemeinden) und der Schulaufsicht (Kanton) müssen neu definiert werden.

Im weiteren sollen die Kinder früher eingeschult werden. Zu diesem Zweck nehmen Berner Gemeinden am Schulversuch „Basisstufe“ teil, bei welchem Erfahrungen mit einem flexiblen Einschulungsmodell gesammelt werden.

Eher zurückhaltend verhält sich der Kanton Bern in den nächsten Jahren bezüglich Integration von Kindern aus Sonderklassen in Regelklassen. Zu gross werden sonst die Streuungen in den Normalklassen. Schon heute sind die Lehrkräfte mit den sehr unterschiedlichen Anforderungen und den ständig gewachsenen



Kurzportrait

Rudolf Guggisberg ist seit 1998 im Grossen Rat des Kt. Bern. Er präsierte die grossrätliche Kommission Bildungsstrategie. Er ist Mitglied der Steuerungskommission und engagiert sich besonders in Wirtschafts-, Finanz- und Bildungsfragen. Er ist verheiratet, Vater von drei erwachsenen Kindern und wohnhaft in Kirchlindach.

Aufgaben am Rande der eigenen Ueberforderung angeht.

Stark gefordert werden die Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler auch bei der Umsetzung des neuen Sprachenkonzepts. Die Erlangung von möglichst guten Sprachfertigkeiten sind Voraussetzungen für die zukünftige Berufswelt. Sprachen öffnen gleichsam die Tore zur Aussenwelt. Die Kinder verfügen am Ende der obligatorischen Schulzeit in Französisch und Englisch über Kompetenzen, welche interkantonal festgelegten Standards erfüllen.

Im übrigen will der Kanton Bern am Ende des 2., 6., 8. und 9.Schuljahres standardisierte Leistungstests durchführen. Damit sollen die Kern-



Fortsetzung von Seite 14
kompetenzen überprüft werden, welche für weiterführende Schulen unabdingbar sind.

Leistungsvereinbarungen

Die Steuerung der Anbieter in Mittelschule und Berufsbildung und Weiterbildung fördert eine hohe Qualität, Flexibilität und Effizienz. Die Leistungsvereinbarungen mit Leistungs- und Qualitätsvorgaben, Globalbudgets und Controllings führen dazu, dass interkantonal festgelegte Standards erreicht werden

können. Als weitere Massnahme wird ein aktives Lehrstellenmarketing mit Lehrstellenförderung und einer raschen Einführung von Attestbildungen (zweijährige berufliche Grundbildung mit Attest als niederschwelliges Angebot) gefördert. Die Umsetzung der neuen Bildungssystematik in den Gesundheits- und Sozialberufen mit Aufbau einer genügenden Anzahl von Lehrstellen und Ausbildungsplätzen in der Höheren Fachschule gilt als weiteres prioritär zu erreichendes Ziel. Bei der Matur, Berufsmatur und der Fachmatur sollen Qualitätsstandards geschaffen und

laufend überprüft werden.

Stärkung erforderlich

Die Autonomie der Hochschulen wird konsequent und NPM-konform umgesetzt. Die Steuerung der Hochschulen erfolgt über Ziele und Vorgaben sowie mehrjährigen Leistungsvereinbarungen mit Globalbudgets und mehrjährigen Finanzplänen. Die Leistungserbringung wird im Rahmen eines Controllingprozesses geprüft. Die Autonomie der Berner Hochschulen kann als hoch eingestuft werden.

den. Den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern wird ein attraktives Arbeitsumfeld geboten mit dem Ziel, eine weitere Stärkung der Lehre und Forschung zu erreichen. Die Zusammenarbeit der Berner Hochschulen mit der Wirtschaft soll weiter vertieft werden. In Bern flächendeckend schon in der Umsetzung begriffen ist das Bologna-Modell (Bachelor/Master) – hie und da mit den erwarteten „Verdauungsprozessen“ bei Studentinnen, Studenten, Dozenten und Professoren. ◀

Nach "Bundesheroin" nun staatlich verordneter Hanf und Kokain fürs Volk?

Aus Bundesbern ist man sich politisch ja unterdessen so einiges gewohnt. Die fest in rot-grüner Hand liegende Bundeshauptstadt macht selten positive Schlagzeilen. Sprayereien, Dreck, rote Zahlen, Schuldenberge, Fehlplanungen und immer neue Schikanen und Hindernisse für den Privatverkehr sind nebst immer neuen Steuern und Abgaben nur einige Stichworte.

Schweizweit auffallen will Stadt und Kanton Bern nun mit einem neuen Projekt im Drogenbereich. Man tut so, als ob 10 Jahre «Bundesheroin» für schwer Süchtige ein Erfolg gewesen wäre. Die Fakten sehen anders aus: Drogenabgabe-Chefin und SP-Politikerin Barbara Mühlheim bleibt in einem Zeitungsinterview dabei: Mehr Repression nicht zuletzt gegen die Konsumentenszene tue Not angesichts der Kokainkrise. Und der ärztliche Leiter Christoph Bürki findet, es sei vermehrt Fürsorgerischer Freiheitsentzug (FFE) notwendig.

Die Heroinabgabe läuft also weiter und neuerdings soll bald auch Kokain abgegeben werden. Auch der Kanton Zürich ist offenbar dafür, das Bundesamt für Gesundheit (BAG) nach einem Pilot-

versuch in Zürich aber dagegen. In den Kantonen Bern und Basel sind nun Tests mit dem Medikament Ritalin geplant.

Just während nun im Kanton Bern dem Zigarettenrauchen der Kampf angesagt wurde, Tabakwerbung verboten wird und immer mehr Räume als rauchfrei deklariert werden, lanciert man in Bern die Idee der kontrollierten Hanfabgabe.

Geradezu absurd erscheint das Ansinnen der Berner und Bieler Behörden, welche sich beim Bund darum bemühen, einen Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis durchführen zu dürfen. Die bei der bernischen Gesundheits- und Fürsorgedirektion für Suchtfragen zuständige Ursula Trachsel findet die Idee sogar interessant

und meint lakonisch, der Kanton Bern werde sich sicher nicht gegen einen solchen Versuch stellen, wenn er «sauber aufgegleist» sei und Markus Theunert, Geschäftsführer des Fachverbands Sucht, begrüsst die «Suche nach pragmatischen Lösungen», auch wenn sie lokal begrenzt seien. Allerdings müssten sie im Hinblick auf eine nationale Lösung unternommen werden. Dass das Projekt im rot-grünen Stadtparlament beste Chancen hat liegt zudem auf der Hand.

Mittels Motion von Grossrat Thomas Fuchs (SVP) soll nun der Berner Regierungsrat sowie via Motion von Stadtrat Erich J. Hess (Junge SVP) der Berner Gemeinderat beauftragt werden, dafür zu sorgen, dass die Projekte zur kontrollierten Hanfabgabe sowie zur Kokainab-

gabe aus Kosten- und Gesundheitsgründen sowie aufgrund der geltenden Gesetzes nicht weiterverfolgt werden.

Der Kanton Bern würde damit den Volksentscheid umsetzen, welcher 1998 bei der Droleg-Initiative mit 78 % klar ausfiel. Auch Ärzte-, Lehrer- und Elternorganisationen sowie Verkehrsexperten warnen vor Cannabis und die Armee hat sich ganz klar gegen den Drogenkonsum ausgesprochen. Cannabis ist nach wie vor auf der Dopingliste und Cannabis-Konsum wird bestraft.

Ein Ja zum Versuch der staatlichen Hanfabgabe wäre ein klar falsches politisches Signal von Stadt und Kanton Bern. Vom Versuch Kokain kontrolliert abzugeben gar nicht zu reden. Erziehungsbemühungen von Eltern, Lehrerschaft sowie Präventionsanstrengungen würden damit alle zunichte gemacht. Es gilt wieder einmal klar NEIN zu sagen und den Übungsabbruch anzuordnen. ◀

Grossrat Thomas Fuchs, Bern

Sicherheit verlieren? Arbeit verlieren?



SCHENGEN NEIN

Schweizerisches Aktionskomitee
gegen den Schengen-/EU-Beitritt
www.schengen-nein.ch